

BLICKPUNKT

V.i.S.d.P DKP-Heidenheim / Wilhelm Benz

BLICKPUNKT Nr. 04

Dezember 2015

Jahrgang 44

Haushaltsberatungen für 2016

Bezahlbare Mietwohnungen für alle!

DKP stellt Antrag für sozialen Wohnungsbau und Beendigung von Leerstand.

In vielen Städten Deutschlands werden auch in den nächsten Jahren die Mieten wieder steigen.

Ein Regierungsbericht macht deutlich: In Deutschland werden zu wenige Wohnungen gebaut. Notwendig sind mindestens 350 000 neue Wohnungen pro Jahr.

Bezahlbarer Wohnraum ist auch in Heidenheim Mangelware. Nach Auffassung der DKP hat der größte Wohnungsanbieter Gagfah seine Hausaufgaben nicht gemacht. Viele Wohnungen stehen leer und die Mieten sind immer teurer geworden.

Jetzt, durch die zunehmende Zahl von Flüchtlingen kann sich die Wohnungssituation zusätzlich verschärfen.

Deshalb beantragte die DKP, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat sich unbedingt mit der „Erstellung eines kommunalen, sozialen Wohnungsbau“, befassen muss.

Seit Jahren hat sich die Stadt aus dieser Verantwortung gestohlen und die Sache der Gagfah überlassen.



Einen Wohnungsbaukonzern wie die Gagfah interessieren nur die Gewinne.

Nach Meinung von Stadtrat Püschel können und müssen bei einem sozialen Wohnungsbau die eingenommenen Gelder wieder in die Sanierung und Unterhaltung der Mietwohnungen investiert werden. Wichtig für die DKP ist, dass der soziale Wohnungsbau als Deckel gegen ständig steigende Mieten dienen soll.

Wohnen ist ein Menschenrecht

DKP: Keine Trennung des Wohnbereichs vom Klinikum!

Seit Jahren besteht eine chronische Unterfinanzierung des Heidenheimer Klinikums. Der Landkreis als Eigentümer macht sich wieder einmal Gedanken, wie man aus diesem Dilemma herauskommen könnte.

Eine seiner Optionen wäre, der Verkauf des Wohnbereichs.

Dort stehen 195 Einzimmerappartements, sowie 18 größere Wohnungen zur Verfügung. In den meisten wohnen Beschäftigte des Klinikums.

Nach Auffassung der DKP ist die Trennung des Wohnbereichs ein großer Unsinn und trägt nicht dauerhaft zur Lösung der finanziellen Situation bei. Probleme werden aber sicher die Beschäftigten bekommen, denn ein neuer Vermieter möchte zuerst einmal Geld verdienen.

Seite 2 geht's weiter.

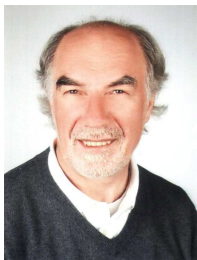
Für die finanzielle Sicherheit aller Krankenhäuser sind zuerst der Bund und die Länder zuständig. Diese dürfen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Ihre Aufgabe ist, die notwendigen Gelder den Kliniken zur Verfügung zu stellen, damit eine grundlegende medizinische Versorgung unserer

Menschen gewährleistet ist. Die medizinische Versorgung ist ein Grund- und Menschenrecht sagt die DKP und hält nichts von der Privatisierung von Krankenhäusern.



DKP kandidiert für den Landtag

Die DKP-Mitglieder haben Reinhard Püschel zum Kandidaten für die Landtagswahl bestimmt. Stellvertreter ist der Kreisvorsitzende Wilhelm Benz.



Stadt-Rat
Reinhard
Püschel



Wilhelm
Benz

Die Kommunisten plädieren für eine andere Politik, die in erster Linie den arbeitenden Menschen dient und die den sozial Schwachen im Land mehr Aufmerksamkeit widmet als den Reichen. Das Thema Flüchtlinge wird auch die Landtagswahl beeinflussen: Aufgrund von Krieg, Elend, Verfolgung und Naturkatastrophen bleibt den Menschen kaum eine andere Wahl als die Flucht. Auch die europäischen Staaten sind schuld an den Zerstörungen von Ländern und Städten. Deutschland ist drittgrößter Waffenlieferant.

DFG-VK fordert Gabriels Rücktritt

Der 20. Bundeskongress der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) forderte in seiner Abschlussresolution den Rücktritt von Bundesminister Sigmar Gabriel.

Noch im Sommer 2013 hatte Gabriel im Bundestagswahlkampf öffentlich erklärt, Waffentransfers an Staaten die Menschenrechte verletzen, zu unterbinden und Rüstungsexporte restriktiv zu handhaben.

So äusserte er am 10. Dezember 2013, dem Tag der Menschenrechte: „Ein wichtiger Beitrag für Menschenrechte und Frieden ist eine klare und restriktive Rüstungsexportkontrolle.“

Der Bundeskongress der DFG-VK wertet Gabriels derzeitige Politik als Bruch der gemachten Wahlversprechungen, des Vertrauensbruchs und der Beihilfe zu Mord.

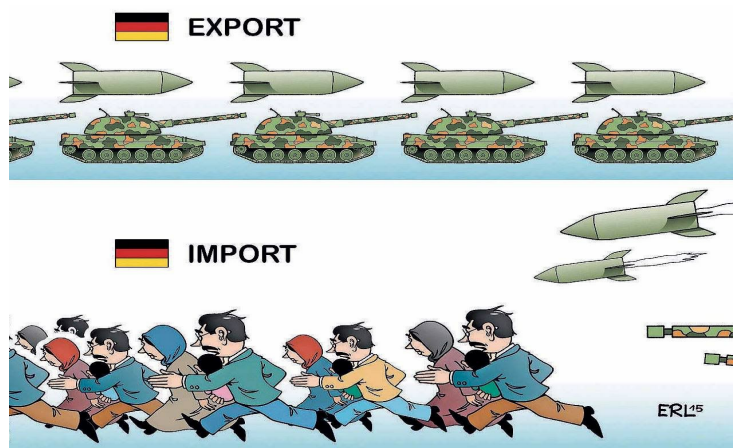
Es gilt die Ursachen statt die Menschen zu bekämpfen. Die Botschaft: **Waffenlieferungen einstellen und die Probleme friedlich lösen.**



Die DKP sieht hier einen klaren Zusammenhang zu den Ursachen für die Flüchtlingsflut!

Wer Waffen überall auf der Welt verteilt, darf sich nicht wundern, wenn diese Waffen dann auch benutzt werden.

Wer in fremden Länder Rohstoffe „plündert“ darf sich nicht wundern, wenn Teile deren Bevölkerung sich dann gegen die „Plünderer“ erheben und sich „wehren“.



Ein Armutsbericht muss her!

Die Zahl der Armen ist in Deutschland erneut gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt kürzlich mitteilte, lebten im Jahr 2014 rund 16.5 Millionen Menschen, also etwa jeder Fünfte, an der Armutsgrenze. Allein im Jahr 2014 erhöhte sich die Zahl der Armen um 300 000.

Der erneute Antrag seitens der DKP an den Gemeinderat, einen Armutsbericht für Heidenheim zu erstellen wurde auch diesmal von OB Ilg abgelehnt.

„Die erforderlichen Daten, um solche Statistiken zu erstellen, liegen der Stadt nicht vor. Der Landkreis ist für einen Armutsbericht zuständig“. OB Ilg weiter: „Ich werde daher Ihren Antrag nicht dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegen. Weitere Anträge zur Erstellung eines Armutsberichts bitte ich zukünftig zu unterlassen“.

Warum, so fragen sich nicht nur die Kommunisten, lehnt der OB einen Armutsbericht ab? Im Rahmen seines OB-Wahlkampfes schwärmte er von einer modernen, offenen Stadt in der sich alle wohlfühlen. Da passt es natürlich nicht, dass es auch arme Menschen gibt: Arbeitslose, Alleinerziehende, Hartz-IV-Bezieher,



Die Armut macht keinen Bogen um Heidenheim.

Besonders die von Armut betroffenen Menschen sind es, die unsere Hilfe brauchen.

Aber wie und vor allem wem soll man helfen, wenn man keine Daten darüber hat? Daher ist es dringend notwendig, einen Armutsbericht zu erstellen um notwendigen Hilfsmassnahmen planen zu können.

Vielleicht müsste die Stadt dann bei so teuren Vorhaben wie Stadtbibliothek, FCH-Ausbau, Opernfestspiele oder Ploucquet-Areal finanziell etwas kürzer treten um wirklich hilflosen Menschen das Leben etwas erträglicher zu machen.

Die DKP sagt: „Wir dürfen uns nicht vor der Armut verstecken!“

Volles Programm bei DKP-Parteitag

Vom 14. bis 15. November fand in Frankfurt am Main der 21. Parteitag der DKP statt. Zu Beginn der Tagung beschlossen die 170 Delegierten einmütig eine Resolution zur Solidarität mit Flüchtlingen.

Anschliessend diskutierten und beschlossen sie den Leitantrag „gegen Monopolmacht, Kriegspolitik und Rechtsentwicklung“ und eine Handlungsorientierung. Dazu hatten die Delegierten über mehr als 250 Änderungsanträge aus den Gliederungen der Partei zu befinden. Die Handlungsorientierung orientiert die Partei in den kommenden Jahren vor allem auf die Stärkung der Friedens- und antifaschistischen Bewegung. Vor allem der Leitantrag, der auch Aussagen zum Charakter der Partei enthält, hatte eine zum Teil heftige Debatte um den Begriff der marxistisch-leninistischen Partei ausgelöst. Die Delegierten entschieden sich mehrheitlich für diese Bezeichnung.

Ein Höhepunkt war die Beschlussfassung zum 19. UZ-Pressfest, das vom 1.–3. Juli 2016 in Dortmund statt finden wird. Zudem wurde einem Antrag des Parteivorstandes gefolgt, bei den Bundestagswahlen 2017 um eine flächendeckende Kandidatur der DKP mit Landeslisten zu kämpfen.

Die Delegierten hatten zudem die Aufgabe, einen neuen Parteivorstand zu wählen. Sie bestätigten Patrik Köbele als Vorsitzenden und Wera Richter und Hans-Peter Brenner als stellvertretende Vorsitzende.

Der 21. Parteitag konnte zahlreiche Gäste begrüßen. Vertreter von 26 Schwesterorganisationen waren nach Frankfurt am Main gekommen, um die Diskussionen der deutschen Kommunisten zu verfolgen. Darüber hinaus freuten sich die Delegierten über die Teilnahme von Mitgliedern der Partei „Die Linke“ und VertreterInnen der VVN-BdA, der Anti-Nazi-Koordination Frankfurt, der Friedenskoordination Berlin, des deutschen Freidenkerverbandes, der Gedenkstätte Ernst-Thälmann, der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH), der Tageszeitung „junge Welt“ und des „Rotfuchs“.

Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
**BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und
andere Publikationen kosten Geld**
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30
Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!

Weitere Anträge zum Haushalt 2016

Leerstand von Wohnungen

In Heidenheim stehen seit langem viele Wohnungen leer. Besonders auffallend ist das bei Gagfah-Wohnungen. Konkret heisst es im Antrag der DKP: Die Stadtverwaltung nimmt Kontakt mit der Gagfah-Geschäftsleitung auf, um zu klären wie die Wohnungen nutzbar zu machen sind. Darüber hinaus soll der Gemeinderat eine Satzung für ein Verbot des Leerstandes von Wohnungen beschließen. Dieser Antrag an den Gemeinderat wurde von OB Ilg eigenmächtig abgelehnt.



Erhöhung der Gewerbesteuer



Die Kommunen, ebenso unsere Stadt Heidenheim, müssen in Zukunft viele Aufgaben meistern. Dafür muss die finanzielle Grundlage gesichert sein. Eine wichtige Einnahmequelle ist dabei die Gewerbesteuer. Auch die Stadt Aalen will die Gewerbesteuer jetzt erhöhen. In Heidenheim ist sie seit 20 Jahren nicht mehr angehoben worden. Im Antrag der DKP heisst es: Der Gemeinderat möge den Hebesatz der Gewerbesteuer von derzeit 360 auf 380 Punkte erhöhen. Die SPD und „Die Linke“ fordern dieses Jahr auch eine Erhöhung.

Radfahrstreifen Bahnhofstraße / Ploucquetstraße

Die DKP ist der Ansicht, dass die Radwege in Heidenheim ausgebaut werden sollen. Gut geeignet wären derzeit die Bahnhofstraße und die Ploucquetstraße. Hier gibt es das neue Wohngebiet und den Kindergarten. Aus Sicherheitsgründen wäre es besser, den Autoverkehr auf die Brenzstraße zu lenken und über den Schillerkreisel auf die B 19 zu führen. Im Antrag der DKP heisst es: Auf der Bahnhof- und Ploucquetstraße werden Radfahrstreifen aufgebracht.



Neue Bushaltestelle in Oggenhausen

Das Wohngebiet „Stauferfeld“ in Oggenhausen ist gewachsen. Dadurch haben sich die Entfernungen zu den bestehenden Bushaltestellen vergrössert. Die DKP beantragt daher, dass eine neue Bushaltestelle errichtet werden soll.

Erneuerung der Toilettenanlage im Oggenhauser Rathaus

Die Toilettenanlage im Rathaus ist alt und unansehnlich geworden. Der Ortschaftsrat wünscht sich, dass die derzeitige Toilettenanlage im Obergeschoss in eine Damentoilette und der derzeitige Putzraum im Erdgeschoss in eine Herrentoilette umgebaut werden soll. Im Antrag der DKP heisst es: Die Toilettenanlagen im Oggenhauser Rathaus sind zu renovieren und entsprechend umzubauen.



Die kompletten Anträge sind nachzulesen auf: www.dkp-heidenheim.de



UZ

- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de